

Fraktionsanfrage SP betreffend Zollpolitik der Trump-Administration (Erstunterzeichner Horrer)

Anfangs April 2025 erklärte die Trump-Administration der Welt und damit selbstredend auch der Schweiz den Handelskrieg. Für die Schweiz kündigte die Trump-Administration Zölle von 31 Prozent an, um diese anschliessend für 90 Tage auszusetzen. Aktuell gilt (neben den bestehenden Zöllen) für die Schweiz ein pauschaler Zusatzzoll von 10 Prozent.

Die erratische Handelspolitik der Trump-Administration führt zu sinkenden Börsenkursen und beträchtlichen realwirtschaftlichen Schäden. So korrigierte die Welthandelsorganisation (WTO) die Prognose für den Welthandel 2025 nach unten, ebenso korrigierte der Internationale Währungsfonds (IWF) die globale Wachstumsprognose nach unten.

Das Hin-und-Her der Trump-Administration bei der Zollpolitik wirkt nur vordergründig kopflos. Höchst plausibel ist die These, dass es der Trump-Administration um die Neuregelung des Welthandels geht. Mit willkürlichen Zöllen sollen Handelspartner unterworfen werden. Nur wer Konzessionen macht und Loyalität garantiert, darf auf Milde hoffen. Die globale Wirtschaftsordnung soll so – nach dem Recht des Stärkeren – neu geregelt werden.

Für die Schweiz ist ein Navigieren zwischen den Blöcken keine Option, weil die souveräne Schweiz dadurch zum Spielball der neuen Grossmachtpolitik werden würde. Die jüngsten Entwicklungen verdeutlichen die Notwendigkeit stabiler Beziehungen zur Europäischen Union (EU). Die Sicherheit und der Wohlstand der Schweiz kann nur in enger Kooperation mit unseren europäischen Partnern (und weiteren demokratischen Staaten) gesichert werden.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung darum, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt die Regierung die Auswirkungen der Zollpolitik der Trump-Administration auf die Bündner Exportwirtschaft ein?
2. Sind allenfalls quantitative Aussagen/Schätzungen zu den Auswirkungen möglich?
3. Welche Branchen der Bündner Exportwirtschaft sind besonders betroffen?
4. Teilt die Regierung die Ansicht, dass ein «Ja» zu den Bilateralen III in Anbetracht der neuen Ausgangslage nochmals an Dringlichkeit gewonnen hat? Falls ja: Wird sich die Bündner Regierung für ein «Ja» zu den Bilateralen III engagieren?

Chur, 24. April 2025

Horrer, Baselgia, Müller, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bischof, Cahenzli-Philipp, Dietrich, Gartmann-Albin, Kaiser, Kreiliger, Mazzetta, Nicolay, Preisig, Rusch Nigg, Rutishauser, Schläpfer, Tanner, Zindel, Zogg